

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Kämmer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628-47

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverliste
Schriftliche ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeandt

Der neueste Erfolg der Moskowiter Eintausend kommunistische Rohrleger auf der Strecke

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wie in der Gewerkschaftsbewegung allgemein bekannt, nahmen die Spaltungsbewegungen und andere unliebsame Vorgänge im Reich und ganz besonders in Berlin ihren Ausgang von den Richtlinien der kommunistischen Parteiarbeiterkonferenz vom 26. und 27. Januar 1929. Diese Richtlinien beschäftigen sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl der Betriebsräte und mit der Ansetzung von Einzelkämpfen. Deren Leitung aber soll nicht, wie in unserer Organisation üblich ist, aus freigewerkschaftlich organisierten Kollegen bestehen, sondern aus den sogenannten revolutionären Unorganisierten sollen zur Führung des Kampfes berufen werden. Dies alles zu dem Zweck, den Boden vorzubereiten für ein allmähliches Beiseitdrängen der Gewerkschaften und die Führung der Kämpfe in die Hände der kommunistischen Partei und ihrer Drahtzieher zu bringen.

Diese Richtlinien wurden durch den Berlin-Webbinger Parteitag der kommunistischen Partei gutgeheißen. Die kommunistischen Funktionäre und Mitglieder sind nun verpflichtet, diesen Richtlinien mit allem Nachdruck zu folgen. Das hatte besonders für Berlin tief einschneidende Wirkungen. Es hätte die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes und seine Funktionäre der Lächerlichkeit preisgegeben, wenn sie diesem Treiben der Kommunisten tatenlos zugeschaut hätten. Der Unfug der Kommunisten durfte nicht geduldet werden, sollte die Einheit des Verbandes, die notwendig ist, nicht gefährdet werden. Es kam zu Ausschlüssen aller der Mitglieder, die nur die Beschlüsse der kommunistischen Parteiarbeiterkonferenz als Richtschnur ihres gewerkschaftlichen Handelns anerkennen und sich an das Statut und die Beschlüsse der Verbandstage nicht halten wollten. Der erste große Versuch, die Richtlinien der kommunistischen Partei gegen den Metallarbeiter-Verband praktisch anzuknüpfen, sollte in Berlin gemäht werden, und zwar in der Branche der Rohrleger, die seit 10 Jahren unter kommunistischer Leitung steht. Im Verlaufe dieses Versuches kam es zur Spaltung, wozu sich 3800 Rohrlegermitglieder des DMB mißbrauchen ließen. Die Verwaltungsstelle des DMB in Berlin hatte am 1. Juni 1929 einen für allgemeinerbindlich erklärten Lohn- und Manteltarif abgeschlossen. Dieses Abkommen wurde von den kommunistischen Rohrlegern auf Geheiß ihres Führers Niederkirchner, der dem Verband nicht angehört, verworfen. Die kommunistischen Rohrleger suchten ihrerseits mit allen Mitteln Tarifräger zu werden und der stärksten freigewerkschaftlichen Organisation die Geheiß ihres Handelns zu diktiert.

Am 23. August 1929, in der denkbar günstigsten Konjunktur, kam es in Berlin zu einem wilden Rohrlegerstreik. Als Streikparole galt in der Hauptsache: Gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Nebenbei ging es um die Erringung höherer Löhne, als in dem von der Verwaltungsstelle des DMB in Berlin abgeschlossenen Tarifvertrag erreicht waren.

Dieser Tarifvertrag brachte den Kollegen in zwei Staffeln vom 1. Oktober 1929 an eine Lohnerhöhung von insgesamt 11 % die Stunde in freier Vereinbarung. Trotz des wüsten Terrors der Niederkirchner-Leute hielt ein Teil der Rohrlegermitglieder treu zu ihrem Verband und zu dem von ihnen selbst abgeschlossenen und anerkannten Tarifvertrag.

Am 30. Oktober mußte die Niederkirchner-Vereinigung ergebnislos abbrechen. Der Abbruch und die Art seiner Begründung ist ein Meisterstück des Betruges. Es ist einfach unsäglich, daß es in Berlin noch Arbeiter und gerade in der Branche der Rohrleger gibt, die sich so irreführen und betrügen lassen. In der Enschließung, die als Grundlage der Beendigung des Streites zu dienen hatte, steht zu lesen:

- a) Der Streik um die Anerkennung des von der (kommunistischen) Vereinigung der Rohrleger und Helfer* aufgestellten Tarifvertrages wird in organisierter Form abgebrochen.
- b) In sämtlichen Betrieben wird vor Wiederaufnahme der Arbeit die Forderung gestellt, daß alle Streikenden unter Anrechnung ihrer früheren Beschäftigungsdauer restlos wieder eingestellt werden, keinerlei Maßregelungen erfolgen, daß insbesondere die Auszubildenden dort, wo sie unterbrochen oder aufgehoben wurden, fortgesetzt werden. In denjenigen Betrieben, in denen diese Forderungen nicht erfüllt werden und in denen die Voraussetzungen zur weiteren Fortführung des Kampfes gegeben sind, wird der Streik bis zur Erfüllung dieser Forderungen fortgesetzt.
- c) In Betrieben, in denen die Streiklage infolge besonders großer Zahl der Streikbrecher schlecht ist, soll über die zu ergreifenden Maßnahmen von Betrieb zu Betrieb in Verbindung mit der Streikleitung beschlossen werden.
- d) In denjenigen Betrieben, in denen die Streiklage noch eine besonders gute ist, kann der Kampf um materielle Forderungen auf Grund eines Beschlusses der Streikenden des Betriebes, soweit sie von dieser Versammlung aufgestellt sind, weitergeführt werden.

Der kommunistische Vereinsleiter Niederkirchner und mit ihm die Vorstandsmitglieder seines Vereines wußten ganz genau, daß die Unternehmer jegliche Verhandlungen mit diesem Rohrlegerverein abgelehnt haben, daß also eine organisierte Form des Abbruchs überhaupt nicht in Frage kam, über Wiederaufnahmebedingungen niemals verhandelt werden würde, über Einstellungsmaßnahmen und über die Regelung der Auszubildenden gar nicht gesprochen werden konnte, weil — es ja niemals zu Verhandlungen mit seinem Verein gekommen ist.

Aber ein zeitiger Abbruch, und zwar daß gleich darauf ein allgemeiner Wetlauf der „revolutionären“ Rohrleger nach den bestreikten Betrieben einsetzte, um möglichst zeitig einen Arbeitsplatz zu ergattern.

Wenn jemals eine freigewerkschaftliche Organisation so verantwortungslos gehandelt und sich solche Betrugsmanöver erlaubt hätte, wäre sie bei der Arbeiterschaft vollständig unmöglich geworden; aber bei den strenggläubigen Kommunisten kommt es weniger auf den Erfolg an, sondern, und das ist die Hauptsache, daß möglichst viel Klatsch für die kommunistische Partei gemacht wird und sie sich als die revolutionären Führer der Massen aufspielen können.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat unstreitig einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Nicht nur daß es ihm gelang, die Branche der Rohrleger und Helfer neu zu bilden, sondern er hat auch die Niederkirchner-Leute vollkommen schmachtmatt gesetzt. 3800 Rohrlegerkollegen sind wieder fest im DMB und seiner Branche vereinigt. Täglich melden sich Rohrleger, die den moskowitzischen Kattensängern auf den Leim krochen, und mit ihnen kommen Rohrleger zum Verband, die ihm noch niemals angehört haben.

Die Arbeitsstellen in den tariftreuen Betrieben und auch in einzelnen größeren Betrieben, die der Arbeitgeber-Vereinigung nicht angehören, sind in der Mehrheit von den Kollegen des DMB besetzt, die nicht mehr Lust haben, sich den kommunistischen Stank weiter gefallen zu lassen. Über 1000 Niederkirchner-Leute

sind arbeitslos auf der Strecke geblieben und auf dem allgemeinen Arbeitsnachweis für das Rohrlegergewerbe in Berlin eingetragen. Die Möglichkeit ihrer Unterbringung besteht vorläufig nicht, weil ja die vorgeschrittene Jahreszeit eine Anspannung auf dem Arbeitsmarkt für das Rohrlegergewerbe nicht mehr bringt, so daß wohl jetzt der „Generalstreik“ der kommunistischen Vereinigung der Rohrleger wider Willen bis zum Frühjahr seine Fortsetzung finden wird. Nicht nur die streikenden Rohrleger und Helfer haben durch den zehnmonatigen Streik einen großen wirtschaftlichen Schaden erlitten, da sie nur eine sehr geringe Streikunterstützung erhielten, obendrein kommt für die meisten das dicke Ende in Gestalt einer langen Arbeitslosigkeit nach. Mancher dieser Rohrleger und Helfer wird Niederkirchner sicherlich dafür seinen Dank in gebührender Form abstaten.

Wir können an dieser Stelle mit gutem Gewissen sagen, daß nach all den bitteren Kämpfen und Auseinandersetzungen vom Januar bis Oktober unstreitig der Gewerkschaftsbund und das Vertrauen zur Organisation gehoben und gefestigt worden ist. Unter Augenmerk wird sich fortan darauf richten, die irreführten Kollegen von der Vereinigung der Rohrleger und Helfer abzuführen und dem DMB zuzuführen. Die Drahtzieher aber und die Haudogen der Kollkommandos, die unbarbarisch unsere arbeitenden Kollegen auf den Baustellen verprügelten, die Frauen der verbandstreuen Rohrleger in den Wohnungen aufsuchten und mißhandelten und in der schmutzigsten Art und Weise die Organisation beschimpften, werden wir Niederkirchner überlassen; für diese Schurken ist kein Platz in unserer Organisation.

Wir haben die bestmögliche Zuversicht, daß diese glorreiche kommunistische Aktion auch in Berlin noch lange als eine häßliche und w a z e n d e Erinnerung fortleben wird.

Alles schon dagewesen

Man muß wirklich staunen, wie recht doch der selbige Rabbi Akiba gehabt hat. Wenigstens der Gebantenkreis derrer, die für das kapitalistische Unternehmertum schreiben, ist so eng begrenzt, daß immer nach ziemlich kurzer Zeit dieselben Dinge von ihnen wieder aufs Tapet gebracht werden. Dr. Ucker aus Hamburg (vielleicht eine nettsche Umschreibung von Drücker, der sich drückt?) heißt der Cole, der in der „Arbeitgeberzeitung“ wieder einmal die finstere Drohung ausstößt: wenn die Arbeiter und Angestellten nicht endlich einmal mit ihren Lohnforderungen aufhören, dann werden die Unternehmer satt kriegen und werden eines schönen Tages überhaupt aufhören zu produzieren. Sie haben's ja dazu. Sie können sich „in eine der vielen Möglichkeiten der Staatspension und Staatsversorgung begeben“, anstatt „mit einem kümmerlichen kleinen Profiprozentsatz“ zufrieden zu sein. Die Proleten aber, die haben dann nichts mehr zum Leben und werden dann schon einsehen, daß sie „den Akt, auf dem sie sitzen, ganz abgelebt“ haben. So zu leben in der „Arbeitgeberzeitung“ Nr. 44 vom 3. November 1929.

Bitte, ja: 1929. Nicht etwa 1829, wo man das eher für möglich gehalten hätte. Es gibt wirklich und wahrhaftig heutzutage noch Leute, die — — — Aber nein, seien wir höflich. So dumme Kanarienvogel sein, daß er das glaubt. Schon Karl Marx hat sich vor 80 Jahren darüber lustig gemacht und die ganze Dr. Ucker-Weisheit durch die einfache Frage über den Haufen geworfen, wo denn Staatspensionen oder überhaupt irgendwelches Eintommen, seien es Zinsen, Renten oder sonst etwas herkommen sollen, wenn nicht gearbeitet und produziert wird? Und Marx war längst nicht der erste, der das wußte.

Vor allem haben es die Unternehmer selbst immer recht gut gewußt, wo ihre Profite herkommen. Gedroht haben sie nämlich in die'en hundert Jahren schon oft damit, wie der verflorenne Geizhals von Sachsen den ganzen Krempel huzugschmeißen und ihr Geld in Börsenspekulationen „anzulegen“; aber getan haben sie es noch nie. Und sie wußten wohl, warum. Denn wenn vielleicht den meisten von ihnen die tieferen Zusammenhänge verborgen sind — so viel weiß jeder, daß die Papiertchen an der Börse alsbald schauerlich zu purzeln anfangen, wenn sie nur ein bißchen stark verlangt werden. Wie also soll man spekulieren, wenn alle Unternehmer ihr ganzes Geld zum Kauf an der Börse verwenden? Und außerdem: was für Papiere soll man kaufen, wenn alle Betriebe stillgelegt werden?

Es muß wirklich traurig bestellt sein um die Sache, die hier verteidigt werden soll, wenn man sich nicht scheut, solche kindischen Lächerlichkeiten herborzuholen, die sich beim geringsten Nachdenken nicht nur als falsch, sondern als albern erweisen.

Und in der Tat, es ist traurig darum bestellt. Was nämlich wollen Herr Dr. Ucker und die „Arbeitgeberzeitung“ gläubigen Lesern einreden? Nichts weniger als dies, daß Arbeiter und Angestellte heutzutage im Deutschen Reich herrlich und in Freuden leben, daß fast der ganze Ertrag der „Wertschöpfung“ in ihre Taschen fließt, indes der Unternehmer mit ein paar Bettelpfennigen vorlieb nimmt und sich aufopfert, nur damit die anderen, eben die Angestellten und die Arbeiter, es so gut haben sollen. Möge der Leser nicht glauben, daß ich übertreibe. Genau dies und nicht weniger behauptet Dr. Ucker. Sogar er doch zum Beispiel:

„Würde man eine Berechnung aufmachen, was der Unternehmer im Gegensatz zu 89 vS seiner Arbeiter und Angestellten an Verantwortung, an kaufmännischer Leistung, an Energie und an Sorgen heute mehr denn je in sein Werk stecken muß, um eine gegenüber dem Arbeiteranteil rechtlos begüterte kleine Profiquote zu erzielen.“

So würde man in einer Urzeit von Höhlen wohl zu dem Resultat kommen, daß es in hohem Maße „soziale“ Arbeit ist, die ein großer Teil der deutschen Unternehmer dadurch leistet, daß er überhaupt heute seine Betriebe aufrecht erhält und so Arbeitsmöglichkeit für seine Volksgenossen schafft.“

Was heißt das anders als: 99 vS der deutschen Arbeiter prassen, schlammern und faulenzeln, indes die Unternehmer für eine lächerlich kleine Profiquote sich abfinden, damit die Proleten prassen, schlammern und faulenzeln können?

Nun ist die Behauptung ja zu abgeschmackt, um einer ernstlichen Widerlegung zu bedürfen. Es hieße die Leser der Metallarbeiter-Zeitung niedrig einschätzen, wollten wir sie erst noch erinnern an die schauerliche Lage der Arbeitslosen, an den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit, an die fortwährend gesteigerte Intensität der Arbeit, an die im Verhältnis dazu kümmerlichen Löhne, kurz an all die Dinge, die hier oft abgehandelt worden sind und die sie aus eigener Erfahrung leider nur allzu gut kennen. Auch die Gegenseite braucht nur kurz gestreift zu werden. Was es nicht die „Frankfurter Zeitung“ — ein gut kapitalistisches Blatt, das durchaus für Erhaltung der Privatwirtschaft eintritt —, was sie es nicht, die beim Skandal der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. darauf hinwies, daß „alle Minister und sogar der Reichspräsident (mit 100 000 M. Jahresgehalt) nur arme Schlucker“ sind im Vergleich zu den Direktoren und Generaldirektoren der Industrie? Und neuerdings wieder, beim Zusammenstoß der beiden Großbanken plaudert die Frankfurter Zeitung aus, daß allein jedes Aufsichtsratsmitglied der neuen Pfleisbank ein jährliches Taschengeld von etwa 12 000 (zwölftausend) Mark kriegen wird — 8- bis 10mal soviel wie ein Arbeiter insgesamt verdient —, und das so als Nebeneinnahme, ohne das geringste dafür zu leisten. Nicht wahr, diese Herrschaften werden großen Appetit verspüren, sich in „Staatspension und Staatsversorgung“ zu begeben!

Wie aber kann es denn die „Arbeitgeberzeitung“ wagen, solche Behauptungen aufzustellen, die allen Tatsachen ins Gesicht schlagen und die natürlich kein Mensch ernst nimmt, ja die sie selbst nicht ernst nehmen kann? Sie beruft sich auf eine ganz kuriose Berechnung, auf angeblich „außerordentlich präzise und tiefstufende Untersuchungen“, die der Reichsverband der deutschen Industrie über die „Zusammenhänge zwischen Besteuerung, Ertrag und Arbeitslohn“ gemacht haben soll. Dort sei festgestellt worden, daß „von der gesamten Wertschöpfung, nämlich dem Bruttoertrag der Produktion, im Durchschnitt des Gesamtkreises der untersuchten Unternehmungen 77,29 vS, also

Aus dem Inhalt

	Seite
Der neueste Erfolg der Moskowiter — Alles schon dagewesen	361
Alexanderwerk A. von der Nahmer AG. Reimscheld — Die Ausgaben des Arbeiterhaushalts	362
Die Grundbegriffe der Festigkeitslehre — Das Pumpspelchewerk in Herdecke	363
Margareth Elhel Macdonald — Parole „Erlkönig“	364
Berufskrankheiten — Achtung! Verjährung! — Die Schurken-turt einer Werkzeitleitung — Arbeitslosenversicherung und Stilllegungsverordnung — Kürzung des Krankengeldes	365
Durch gutes Beispiel gewinnen — Die Regelung der Ausschuss-trage in der tschechoslowakischen Maschinenindustrie	366
Die drei Divisionen der Republik — Reichsverfassung und Sozialversicherung — Zweierlei Moral	367

Alexanderwerk A. von der Nahmer AG. Remscheid

Brottschneiden und Kuponschneiden

Von Julius Fries

Wohl jeder kennt aus Goethes Werther die Szene, wo das Hausmütterchen Botte ihren Geschwister das Brot schneidet, ein Anblick, der nicht nur den unglücklichen Werther begeistert hat, sondern auch oft von Künstlern bildlich dargestellt worden ist. Heute sind auch in bescheidenen Haushaltungen, wo viele hungrige Mäuler zu stopfen sind, Brottschneidemaschinen im Gebrauch. Die bekannteste Fabrik, die solche Haushaltsmaschinen herstellt, ist die Alexanderwerk A. von der Nahmer AG, die ihren Sitz in Remscheid hat. Man soll es nun kaum für möglich halten, daß dieses Werk jetzt schon drei Jahre hintereinander keine Dividende zahlt. Die Preise, die für diese Haushaltsmaschinen in den Küchenwarengeschäften gefordert werden, sind durchaus nicht niedrig und müßten dem Fabrikanten einen angemessenen Nutzen lassen.

Das letzte Geschäftsjahr dieses Unternehmens schließt aber mit einem Verlust von 242 825 M ab, während das Jahr vorher wenigstens mit einem Reingewinn von fast genau der Hälfte des diesjährigen Verlustes, nämlich mit 121 337 M abschloß. Das Jahr 1926 brachte sogar einen Verlust von 435 000 M. Ein weiteres Jahr zurück aber konnte aus dem Reingewinn von etwas über 338 000 M eine Dividende von 6 vH ausgeschüttet werden, für 1924 wurden sogar 10 vH Dividende ausgeschüttet. Die Gesellschaft arbeitet seit der Goldmarkbilanz des Jahres 1924 mit einem Aktienkapital von 7,44 Millionen Mark gegen nur 5 Millionen Mark vor dem Kriege, wo zuletzt 4 vH Dividende verteilt wurden. Der jüngste Geschäftsbericht verurteilt den ungünstigen Abschluß außer mit der „absteigenden Konjunktur“ damit zu erklären, daß „besonders im Absatzgebiet Rheinland-Westfalen infolge der großen und langandauernden Aussperrung in der Eisenindustrie die Haushalts- und Küchenwarengeschäfte stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dabei hat die Gesellschaft in ihrem Werk Witten ihre Belegschaft damals selbst ausgesperrt. Der Geschäftsbericht gibt zu, daß in dieser Filiale, die in Aufschnittschneidemaschinen außerordentlich gut beschäftigt war, das Geschäft durch die Aussperrung schwer geschädigt wurde, da die es Werk nach Wiederaufnahme der Arbeit auf Wochen hinaus lieferungsunfähig war.

Die Gesellschaft stellt nicht nur Haushaltsmaschinen und sonstige Geräte für den Kleinhäusler her, sondern auch Maschinen für Großküchenanlagen in Krankenhäusern, Hotels und dergleichen. Daneben werden Maschinen und Anlagen zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten und Abfällen, für die Milch- und Gemüseerzeugnisindustrie, Maschinen und Apparate für Fleischerieien, Wurst- und Fleischwarenfabriken, für Margarinefabriken u. m. hergestellt. Das Hauptwerk, das sogenannte Alexanderwerk, befindet sich in Remscheid und umfaßt über 100 000 Quadratmeter, wovon 29 000 Quadratmeter bebaut sind. In Remscheid ist dann noch ein zweites Werk, die Luisenhütte, die 16 800 Quadratmeter umfaßt. Neben dem schon erwähnten Werk in Witten besitzt die Gesellschaft ein Werk in Derschlag, wo Holzwaren hergestellt werden und ein unbebautes Grundstück von 81 000 Quadratmeter Umfang in Ronsdorf. Die Holzwarenfabrik in Derschlag arbeitete nach Angabe an einer Stelle des Geschäftsberichts dauernd mit Verlust und sollte deshalb allmählich aufgelöst werden. Bei Durchführung dieses Beschlusses hat sich ein so hoher Verlust ergeben, daß der sonst erzielte „beideidene“ Gewinn nicht nur aufgezehrt wurde, sondern darüber hinaus noch ein Verlust blieb, der sich unter Einrechnung des Gewinnvortrages von 121 000 M aus dem Vorjahre auf 242 825 M beläuft. An anderer Stelle des Geschäftsberichts wird von dem empfindlichen Verlust gesprochen, den die Gesellschaft durch einen Brand ihrer Holzwarenfabrik Derschlag im April 1928 erlitten hat. „Bei der in diesem Jahre besonders günstig einsetzenden Konjunktur in Eisenschmiedereien“ heißt es im Bericht, „entstanden hierdurch Lieferungsstörungen, die aber inzwischen behoben sind, während der Sachschaden (wie zur Berichtigung der Aktionäre erklärt wird) durch Versicherung gedeckt ist.“ Wo einmal wird dauernd mit Verlust gearbeitet, ein andermal ist günstige Konjunktur. Was ist nun richtig? Der Verlust von 242 825 M wird aus der gezielten Rücklage gedeckt, die 1926 noch 977 000 M und in den letzten beiden Jahren über 767 000 M betragen hat, also mehr als 10 vH des Aktienkapitals. Bei Eröffnung der Bilanz für das laufende Geschäftsjahr beträgt jetzt die geleistete Rücklage nur noch 544 540 M. Wie steht es aber mit den heimlichen, der stillen Reserven?

Der gesamte Grundbesitz umfaßt 256 000 Quadratmeter, das ist das dreifache des Vorkriegsumfanges. In der Bilanz zum 30. Juni 1914 stand aber der damalige Grundbesitz mit

338 000 M zu Buch, während heute der dreimal so umfangreiche Grundbesitz nur mit 435 000 M zu Buche steht. Die Fabrikgebäude, die 1913 25 000 Quadratmeter umfaßten gegen heute rund 45 000 Quadratmeter, waren 1913 mit 1,07 Millionen Vorkriegsmark bewertet und sind heute nur mit 1,56 Millionen Mark in die Bilanz eingesezt. In diesen Zahlen kommt bereits zum Ausdruck, daß es in Wirklichkeit um die Gesellschaft nicht schlecht steht, denn in dieser Bewertung des Grundbesitzes liegen ganz erhebliche Rückstellungen. Beteiligt ist die Gesellschaft zur Hälfte an der Gießerei und Fabrik für hauswirtschaftliche Maschinen Riegerswert AG in Alsen (Württemberg), die mit 500 Arbeitern und Angestellten und einem Kapital von 600 000 M einen Jahresumsatz von 2 Millionen Mark erzielt, aber in den letzten beiden Jahren keine Dividende verteilt hat, bei einem Umsatz, der mehr als das dreifache des Aktienkapitals beträgt. Ebenfalls recht festam.

Die Belegschaft hatte im Jahre 1925 mit 2370 Köpfen ihren Höchststand erreicht (nicht ganz 2000 Köpfe vor dem Kriege), sank dann 1926 auf 1700, in den Jahren 1927 und 1928 stieg sie wieder auf 1900 Köpfe. Gegen Mitte des laufenden Jahres war wieder eine geringe Senkung der Belegschaftszahl auf 1850 zu verzeichnen. Der Umsatz hat ebenfalls im Jahre 1925 den Höchststand mit 16,1 Millionen Mark erreicht gegen 8,9 Millionen Mark im letzten Vorkriegsjahr. 1926 sank der Umsatz auf 12,1 Millionen Mark und stieg 1927 auf 14 Millionen und 1928 weiter auf 14,56 Millionen Mark.

Im Jahre 1925 soll bei dem Abstoßen der spanischen Verkaufsstelle in Barcelona ein erheblicher Verlust entstanden sein, ein Verlust, der damals anscheinend unter den Geschäftsunkosten verbucht wurde, die im Jahre 1925 mit 2,5 Millionen gegen 1,8 Millionen Mark ein Jahr zurück ausgewiesen wurden. Im Jahre 1926 sanken die ausgewiesenen Geschäftsunkosten wieder auf 2,1 Millionen Mark, dagegen stieg der besonders ausgiebige Posten „Verluste bei Kunden“ von 75 000 M im Vorjahre auf 204 000 M. In der Erfolgsrechnung für 1928 haben die Unkosten 2,3 Millionen gegen 2,04 Millionen im Vorjahre betragen. Die Verluste bei Kunden, die 1927 nur mit 14 800 M angegeben waren, haben 1928 rund 40 000 M betragen. In den Geschäftsunkosten sind die Löhne wie üblich nicht enthalten. Ein besonderer Ausweis erfolgt nicht. Die Steuern und Abgaben werden mit 291 000 M gegen 275 000 M im Vorjahre ausgewiesen, bei 14,5 Millionen Mark Umsatz kein aufregender Betrag.

Maschinen, Geräte, Werkzeuge u. m. stehen in der jüngsten Bilanz mit zusammen rund 1,3 Millionen Mark zu Buch (gegen 702 000 M in der letzten Vorkriegsbilanz). Dabei ist zu berücksichtigen, daß besonders in den Jahren 1925 und 1926 mit erheblichen Mitteln eine Umstellung der Fabrikation auf Fließarbeit durchgeführt worden ist. Außenstände werden mit 3,46 Millionen Mark ausgewiesen, kurzfristige Schulden und Wechselverpflichtungen mit 3 Millionen Mark. Bankschulden und Bankguthaben werden leider nicht besonders ausgewiesen.

Die Klagen über rückläufige Bewegung der Verkaufspreise, die im vorletzten Bericht eine Rolle spielten, ersetzt der jüngste Bericht durch die Klage, daß der Umsatz des letzten Jahres zwar wertmäßig eine Kleinigkeit über dem Vorjahre liege, aber mengenmäßig um einige Prozent zurückblieb, was doch aus dem Kaufmannsdeutsch überlegt nichts anderes heißt, als daß für weniger Waren ein höherer Verkaufserlös erzielt wurde. Die Vorräte am Bilanzstichtage sanken von 4,38 Millionen auf 3,84 Millionen Mark. Die Verwaltung berichtet weiter, leider ohne Nennung von Zahlen, daß diesmal die Ausfuhr am Gesamtumsatz erfreulicherweise mit einem höheren Anteil beteiligt war als in den Vorjahren, aber leider zu Preisen, die infolge des ausländischen Wettbewerbs sehr gedrückt waren und kaum noch einen Nutzen ließen, in vielen Artikeln sogar nicht unerhebliche Verluste brachten. Und das sollen wir glauben! Ob der Verfasser solcher Klagenlieder das Unwürdige ihrer Rolle gar nicht zum Bewußtsein kommt? Immer derselbe Rekehrreiz: gedrückte Preise, das Ausland will die Waren nur geschenkt, dazu die hohen Steuern und die — begehrtliche Arbeiterkraft. Strum laum. Dabei stimmt es, daß vielfach im Ausland deutsche Waren billiger zu haben sind als im Inlande. Würde die Verwaltung aber einmal unterfragen, in wievielen deutschen Haushaltungen die Anschaffung von Brottschneidemaschinen, Fruchtpressen und ähnlichen einfachen Hilfsmitteln zur Erleichterung der Hausfrauenarbeit wegen der unglücklichen Lage unterbleiben muß, sie würde ihr blaues Wunder erleben.

über drei Viertel auf die Arbeit entfallen. Die reinen Löhne der Arbeiter, sogar ohne die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung, sind ihrerseits wieder mit 72 vH, also fast drei Viertel, an diesem Arbeitsanteil des Gesamttrages beteiligt. Mehr als die Hälfte der sogenannten Wertschöpfung des Durchschnitts aller Unternehmungen, insgesamt fast 56 vH fließen also sofort allein schon in Form des Lohnes wieder den am Wert mitarbeitenden Arbeitern zu.“ Dann kommen 15 vH für die Angestellten, 10 vH für die „öffentliche Hand“ (soll wohl heißen für Steuern) und nur jämmerliche 12,9 vH verbleiben dem Kapital.

Wenn diese Differenz nicht sonnenklar beweisen, wie gerade der Arbeiter in allerhöchster Weise in seinem wohlverstandenen Eigeninteresse ein Freund und Förderer der Wirtschaftspolitik sein müßte, an deren Gedeih und Verderb er untrennbar hängt, dem ist schon nicht zu helfen! Dem gehen Parteien und Gewerkschaftsdoktrin mit dem klaren Menschenverstand durch.

Die „präzisen und tiefgründigen“ Untersuchungen des Reichsverbandes selbst wollen wir beiseite lassen. Auch für sie gilt nämlich das Wort des Rabbi Niba: Sie läuen unendlich oft Gehörtes noch einmal wieder. Selbstverständlich mit den alten Kniffen und Pfiffen. Wie groß ist schon der „Gesamtkreis der untersuchten Unternehmungen“? Nach welchem Maßstab sind sie ausgewählt? Was versteht ihr unter „Bruttoertrag“ und wie habt ihr ihn ausgerechnet? Man weiß, wie die Unternehmer es verstehen, Gewinne zu verstehen. Wie habt ihr die Anteile auf Kapital und Arbeit verteilt usw.? Wollte man die „tiefgründigen“ Untersuchungen ernstlich unter die Lupe nehmen, so würden sich da sicher mancherlei Überraschungen herausstellen. Aber lassen wir das. Sehen wir den Fall, die angegebenen Zahlen seien richtig. So bleibt der Artikel der „Arbeitszeitung“ doch noch ein tolles demagogisches Stück.

Zunächst sind 12,9 vH als Ertrag des Kapitals doch nicht etwa wenig! Allerdings, da wir nicht erfahren, wie groß der gesamte Ertrag ist, können wir auch nicht ausrechnen, wieviel 12,9 vH davon ausmachen. Aber das ist ja nur erst der „Bruttoertrag“, davon müssen noch Zinsen, Mieten und sonstige Kosten bezahlt werden. Wer weiß, wie wenig zuletzt für die armen Unternehmer übrig bleibt, indes die Arbeiter 56 vH kriegen, die Angestellten noch 15 vH, die Proleten zusammen also volle 71 vH des Ertrages!

Wieviel der Fabrikant, als direkter Ausbeuter, an andere Kapitalisten abgibt, kann uns Jede wie Soje sein. Das mit dem „Bruttoertrag“ ist also Spiegelbilderei, morauß kein denkender Arbeiter hereinkommt. Es bleibt dabei: 13 vH dem Kapital, 71 vH den Arbeitenden. (Wo die restlichen 6 vH außer dem Steuerzehl bleiben, erfahren wir gar nicht.) Aber nun bitte, wie groß ist die Menge Personen, die sich auf der einen und auf der andern Seite darin teilen müssen? Das ist der entscheidende Punkt, auf den alles ankommt, und der wird völlig vergewogen.

Aber wir wissen die Antwort auch ohne dies: sie ist so groß, daß auf die Arbeitenden im Durchschnitt vielleicht 200 M im Monat kommen, daß dagegen jeder Profitschlucker noch 12 000 M im Jahr nebenbei als Taschengeld einstreuen kann. **J. F. F. U. S.**

Die Ausgaben des Arbeiterhaushalts

Die Ergebnisse der lange erwarteten amtlichen Erhebung von Haushaltsrechnungen wurde kürzlich zunächst nur die für Arbeiterfamilien veröffentlicht. Es wurden die Wirtschaftskennziffern von 896 Arbeiterfamilien untersucht. Von diesen hatten 88 Familien im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 2272 M, 255 Familien 2750 M, 298 Familien 3265 M, 178 Familien 3907 M, 84 Familien 5028 M. Das Durchschnittseinkommen der untersuchten 896 Haushaltungen betrug 3325 M. Diese Einkommen sind zweifellos höher als das durchschnittliche Einkommen der Arbeiterfamilien und zeigen eine dauernde, von Arbeitslosigkeit nicht unterbrochene Beschäftigung voraus und schließt das Einkommen mehrerer Familienglieder ein. Auffallend ist die geringfügigkeit der Einnahmen aus Untermiete und von Ausgängen, die nur in 118 Fällen und mit verhältnismäßig sehr geringen Einnahmen vorliegen. Auch vom Gesandten, Geflügel- oder Kleintierhaltung ergaben sich nur geringe Einnahmen. Die Leistungen der Sozialversicherung kommen als Einnahmen für die Haushaltungen ohne Berücksichtigung der ärztlichen Behandlung und der unentgeltlich empfangenen Arzneimittel durchschnittlich 1,4 und 3,1 vH der Gesamteinnahmen vor. Eine Einnahmeposten durch Warenkredite erfolgte bei den untersuchten Familien nur im geringen Umfang.

Die Verwendung des Einkommens bestätigt die bisher bekannten Erfahrungen, in erster Linie die Tatsache, daß die Ausgaben für Nahrungsmittel, Miete, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung anteilmäßig um so größer sind, je geringer das Einkommen ist. Der Anteil der Ausgaben an den Gesamteinnahmen betrug in Durchschnitt bei einem Jahreseinkommen der Familie

	1000 M	2000 M	3000 M	4000 M	5000 M
Nahrungsmittel	47,9	47,5	45,6	44,5	41,5
Wohnungsmiete	11,9	10,6	10,2	9,4	8,8
Heizung und Beleuchtung	4,3	4,0	3,7	3,5	2,8
Bekleidungen	8,8	8,3	7,9	7,5	7,0

Nach dieser tritt dies in Erscheinung, wenn die Familienmitglieder auf „Kollapsformen“ umgerechnet werden. Die Ausgaben für Kleidung und Bekleidung sowie für Wohnung sind bei Familien mit höheren Einkommen naturgemäß viel höher als in den niedrigeren Einkommensgruppen; die Erigerung erfolgt für je Kollapsform etwa in Verhältnis der Gesamtsummen. Die Ausgaben für die übrigen Bedarfsgruppen sind auch anteilmäßig dadurch geringer in den höheren Einkommensgruppen als in den niedrigeren, und zwar erhöhen sie sich in folgender Rangordnung: Verkehr, Erhaltung, Ernährung und Unterhaltung der Wohnung, Vergnügung und andere geistliche Anlagen, Unterhaltung und Gefährde, Ersparnisse. Je höher das Einkommen, um so größer sind die Ausgaben für diese Zwecke, nicht nur absolut, sondern auch anteilmäßig. Das insbesondere die Ersparnisse anbelangt, so entfallen auf eine Familie mit einem Einkommen von 2000 M Ersparnisse in der Höhe von 15,36 M (0,7 vH) im Jahr, bei einem Jahreseinkommen von 5000 M die 300,4 M (2,2 vH) (0,8 vH), bei 3000 bis 4000 M Jahreseinkommen 33,62 M (1 vH), bei 3000 bis 4000 M 33,62 M (1,5 vH), bei Einkommen von mehr als 4000 M 130,50 M (2,6 vH).

Wenn man dem Volk zum Güter macht...

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Anpassung der Löhne (Standard) Alexanderwerk Remscheid (Sachverständigen) ihre gesetzlichen Pflichten verziehen, indem sie verweigern, die Angelegenheiten der Gesellschaft zu überprüfen und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen des Reichsverbandes zu gefährden. Die Richter von 10 vH der Aktien haben das Recht, die Einsetzung einer Revisionskommission zu verlangen, die dann die Verantwortung der Angelegenheiten feststellen kann. Es ist nun sehr bedauerlich, daß bei diesem schändlichen Vorgehen die erwarteten 10 vH des Aktienbesitzes kaum ausbezahlt werden. Ein großer Teil der Aktien befindet sich im Besitz der schändlichen Aufsichtsratsmitglieder, die ein anderer Teil wurde ihnen von den Geschäftsführern für die Abstimmung zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsführer fliehen heimlich die Aktien ihrer Kunden den Verwandten der Geschäftsführer für die Generalversammlung zur Verfügung zu stellen,

damit sie das Stimmrecht dort ausüben. So war das auch in diesem Falle geschehen.)

Summarien bestand sich ein sechszwanzigprozentiger Aktienbesitz in den Händen der Opposition. Ihr wurde aber, wie es im Magazin der Wirtschaft vom Bruno Badmann geschickt wird, durch einen einseitigen Brief der Wind aus den Segeln genommen. Der Aufsichtsrat hat nämlich die Einsetzung einer Revisionskommission für die Überprüfung der Gesellschaft selbst in Vorschlag gebracht. Vorstands dieser Kommission wurde der demokratische Reichstagsabgeordnete und Präsident des Bundes der Rechtsanwälte Dr. Hermann Fischer. Dr. Fischer ist im Aufsichtsrat von 48 Aktiengemeinschaften, von denen ein Teil der Kauf nachsteht, deren Verantwortung Gegenstand der Untersuchung ist. Er ist sogar Aufsichtsratsmitglied der Deutscher-Gesellschaft, die im Aufsichtsrat der „Nahmer“ vertreten ist. Der Aufsichtsrat bestand auch danach, sämtliche Mitglieder der schändlichen Revisionskommission selbst zu bestellen. Nur mit Mühe gelang es der Opposition, die Zustimmung der Verwaltung zu erhalten, wenigstens einen Sitz mit einem Herrn aus ihrer Mitte zu besetzen.

Es haben mit Hilfe der Bundesparlamentarier die Angehörigen, die ihre Pflichten verweigern und nun ersapflichtigt sein müssen, die Revisionen selbst anzugehen. Es wird keine große Überraschung sein, wenn die von den Angehörigen bestimmten Revisionen die Aufsichtsräte von aller Schuld betreiben werden. So betreiben die Herren, die bei Korruptionserhebungen in der öffentlichen Wirtschaft so gern die jüngsten Richter spielen, vor den Augen der Öffentlichkeit eine fessellose Begünstigungswirtschaft.

Niedrige Löhne bessern die Wirtschaftslage nicht

Die Unternehmer pochen in die Welt, daß die sogenannte „Konjunkturschwäche“ der Gewerkschaften Schiffschiff erlitten habe. Die immer noch richtig für das Geschäftsjahr 1928 ausgeschütteten Dividenden sprechen jedoch eine ganz andere Sprache. Wenn dem aber nicht so wäre, würde die Auffassung der Unternehmer von der Notwendigkeit niedriger Löhne trotzdem nicht richtig sein. Die Unternehmer haben immer auf England hingewiesen, weil dort in ver-

schiedenen Industrien in den letzten Jahren starke Lohnherabsetzungen erfolgt sind. In der Volkswacht-Buchdruckerei in Breslau hat der frühere englische Minister Addison in einer Schrift „Praktischer Sozialismus“ nachgewiesen, daß trotz einer allgemeinen Lohnherabsetzung in England, die den Jahreserdienst der Lohnarbeiter im Jahre 1925 im Vergleich zu dem Jahre 1920 um über 500 Millionen Pfund verringert hat, die englische Wirtschaftslage in keiner Weise eine Besserung erfuhr. Addison sagt mit Recht, daß diese tief eingreifenden Lohnherabsetzungen unbedingt eine günstige Wirkung auf das Wirtschaftsleben hätten erzielen müssen, wenn Lohnherabsetzungen wirklich ein wirksames Mittel zur Wirtschaftsbesserung sein könnten.

Der Kampf um das Gold

Das Gold, jenes geheimnisvolle Metall, welches die Menschheit zu seinen Sklaven macht, ist ein ruheloser Wanderer. Die von Zeit zu Zeit veröffentlichten Zahlen der Goldbestände der einzelnen Staaten legen davon Zeugnis ab. Eine große Verschiebung haben die Goldbestände durch den Krieg erfahren. Der Schwerpunkt derselben ist von Europa nach den Vereinigten Staaten gerückt worden. Die Goldbestände der Welt betragen am 30. Juni 1929 48 424 Millionen Reichsmark. Was die Verteilung dieser riesigen Goldmengen anbelangt, so hat sich eine weitere Verschiebung zugunsten Amerikas vollzogen. Die Vereinigten Staaten konnten ihren Goldbestand von 17 384 auf 18 154 Millionen Reichsmark erhöhen. Der amerikanische Anteil am Goldvorrat der Welt stieg von 36,3 vH Ende 1928 auf 37,5 vH Ende Juni 1929, während der europäische Anteil von 40,0 vH auf 39,7 vH zurückging. Die deutsche Reichsbank hatte eine zeitweilige Verminderung ihrer Goldbestände von nahezu 1 Milliarde Reichsmark zu erleiden. Ein Teil der Goldverluste konnte wieder heringebracht werden. Doch bleibt immer noch ein erheblicher Verlust. Die Goldbestände der Reichsbank betragen Mitte d. J. 1927 177 Mill. Reichsmark, Ende 1928 192 Mill. Reichsmark. Das deutsche Gold wurde zu 60 vH von der Bank von Frankreich aufgenommen. Der Rest ging nach Amerika, Belgien, Holland und England. Die Vereinigten Staaten haben einen 62mal höheren Goldbestand als Deutschland.

Die drei Divisionen der Republik

Von Erich Hoffmann

Die Monarchisten in Deutschland sprechen: „Seht euch diese verschwendische Republik an! Obwohl unsere stolze alte Wehrmacht von 800 000 Mann, die den Hauptteil der Ausgaben des Kaiserreiches erforderte, durch 100 000 schmucklose Reichswehrgeländer ersetzt worden ist, arbeitet der neue Staat mit einem Rekordbudget. Der Steuerdruck wächst, die geschäftliche Not steigt! Wohin kommt das viele Geld?“

So oder ähnlich hört man es in völkischen oder deutsch-nationalen Versammlungen. Die kleinen Korporale der Herren Westarp und Eugenberg ziehen daraus den Schluß: Natürlich die Judenrepublik und ihre Kugeln! Sie sitzen alle am Fettpfopf und füllen sich die Taschen! Selbst Herr Stresemann, der als Mitglied sämtlicher Kabinette seit September 1923 die Verantwortung für alle Ausgaben des Reiches in fester Währung übernommen hat, gestattete sich neulich auf der Tagung des Zentralvorstandes seiner Partei einen Ausflug in die Gefilde der Demagogie.

Die Erblast des Krieges erfordert 3462,8 Millionen Mark. Das sind 35 vH aller Ausgaben des Reiches.

Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht verursachte im Jahre 1913 einen Aufwand von 1738 Millionen Mark. Für die Reichswehr sind etwa 750 Millionen Mark vorgesehen. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht es also aus, als ob unser militärischer Aufwand heute rund eine Milliarde niedriger wäre als vor dem Kriege. Das ist ein absoluter Trugschluß. Die Armee der Republik ist in Wirklichkeit viel größer und kostspieliger als vor dem Kriege. Sie ist freilich von besonderer Beschaffenheit. Sie besteht aus einer toten, einer kranken und einer kleinen lebenden Division.

Zwölf Millionen Männer im wehrfähigen Alter sind auf deutscher Seite während des Weltkrieges unter die Waffen getreten. Die Knochen von zwei Millionen bleichen in fremder Erde. Das ist die tote Division. Toden und nüttern meldet Anlage 6 zum Abschnitt XII des Haushaltsplanes, daß diese tote Division 10 Jahre nach dem letzten Kanonenschuß noch 372 001 Witwen, 797 531 Waisen unter 18 Jahren und 300 376 hilfsbedürftige Eltern als Hinterbliebene mußte. Sollte die Republik an diesen armen Volksgenossen etwa die Prognose verwirklichen, die ein verrückter Allduischer 1911 für un're Gegener in dem Satz formulierte: „Der Krieg darf dem Unterlegenen nichts lassen als die Augen zum Weinen über sein Unglück?“ Das Kaiserreich hatte finanziell und gesetzgeberisch eine ganz unzulängliche Vorvorge für die Hinterbliebenen getroffen. Die wahrhaftig nicht üppigen Hinterbliebenenrenten der Republik belasten aber den Haushalt für 1929 immerhin mit 661,5 Millionen Mark. Zu den Hinterbliebenen dieser toten Division gehören noch 17 000 Unteroffizierswitwen und 4000 Offizierswitwen, deren Sonderversorgung weitere 52 630 340 M beansprucht.

Blinde, Yrre, Lahme, Verstümmelte und sonstige vom Kriege Gezeichnete bilden die kranke Division. Die Stattechniker und die Sparsamkeitsprediger bekommen das Gefühl, wenn sie den traurigen Heerhaufen besehen. Aus der großen Reserve der 12 Millionen wächst er trotz 11 000 Mann jährlichen Abgangs durch Tod von 720 931 im Jahre 1924 auf 761 294 Mann im Mai 1928! Nicht weniger als 334 163 sind schwerbeschädigt. 54 034 Kapitulanten des alten Heeres treten hinzu. Von den zwei Grenadiere der stolzen napoleonischen Armee, die aus russischer Gefangenschaft nach Frankreich zogen, läßt Heinrich Heine nur den einen sagen:

Was schert mich Weib, was schert mich Kind ...
Daß sie betteln geh'n, wenn sie hungrig sind!

Aber auch dieser eine sieht wohl ein, daß er vom Patriotismus allein nicht leben kann und will wenigstens so lange tot sein, bis der Kaiser über sein Grab reitet. Die Drehorgel und der Schnappack wären die Versorgungsmittel der Monarchie. Ihr durste sich die Republik doch wahrhaftig nicht bedienen. Sie muß daher 1929 für die Versorgung dieser Opfer des Kriegswahnsinns 680 165 000 M ausgeben, wobei der Durchschnittsbetrag für den einzelnen Empfänger durchaus kein imponierender ist. Auch diese Division hat ein Offizierskorps und einen Beamtenstab von 37 837 Mann, deren Pensionen die Summe von 154 311 000 M im Jahre 1929 erfordert.

Und die lebende Armee, unsere Reichswehr? Zu den 750 Millionen Mark, die sie verschlingt, tritt noch das hübsche Stimmchen von 62 510 040 M, die die neue Wehrmacht bereits für Pensionen und Übergangsgelder für ausgeschiedene Reichswehrangehörige erfordert.

Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

1. tote Division	714 120 240 M
2. kranke Division	835 076 000 M
3. lebende Division	812 510 040 M

Zusammen 2 361 706 280 M

Das ist die wahre, nicht durch republikanische Politik geschaffene Wehrlast des Reiches! Sie ist in Wirklichkeit nicht niedriger, sondern um 623 Millionen Mark höher als im Kaiserreich. Rechnet man dieser Summe noch hinzu die 234 Millionen innere Kriegslasten und die 1540 Millionen äußere Kriegslasten (Reparationen), soweit sie aus dem Reichshaushalt jährlich aufgebracht werden müssen (960 Millionen sind dazu außerhalb des Haushalts noch durch die Industrie und die Reichsbahn aufzubringen), so ergibt sich für die Republik ein Wehr- und Kriegslasten von 2397 Millionen Mark. Diese Milliarden sind eine Erbschaft aus dem von der Monarchie geführten und von ihr verlorenen Kriege!

lohen. Rein richtiger kapitalistischer Mensch hat gegen die Bilanzkünste der Aktiengesellschaften etwas einzuwenden, und die höchstentwickelten kapitalistischen Gebilde, die Trusts und Konzerne, leben vielfach geradezu von der willkürlichen Preisgestaltung. Ergabene Kontrollmöglichkeit über die Aufnahmehänge zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen wird dem Konsumenten, von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen, keinesfalls zuhause. Die Verteilung eines Unternehmens erstreckt sich darin, daß derjenige, der einen hohen Profit herausbringt, als tüchtiger Geschäftsmann gilt, der seinen berechtigten Vorteil zu wahren weiß.

Betrachtet man jedoch die Preisgestaltung der „lebenwichtigsten“ Ware, der menschlichen Arbeitskraft, so springt sofort in die Augen, daß unsere sonst so individualistische Wirtschaftsordnung hier ganz andere Grundsätze anwendet. Geschäftsgeheimnisse? Der Verkäufer der Ware Arbeitskraft, der bei deren Preisbestimmung Geschäftsgeheimnisse ins Feld führen wollte, würde sehr schnell zu fühlen bekommen, daß dafür in der kapitalistischen Moral keine Dedung vorhanden ist. Daß der Arbeiter seine ganze Leistung hergeben muß, ist „selbstverständlich“. Daß bis zum letzten Quanten aus ihm herausgeholt wird, dafür sorgen zudem die raffiniert ausgeklügelten Sekundenschlapperrsysteme. Der Preis, den der Arbeiter für seine besondere Ware zu fordern hat, wird ihm — von dem Käufer genau borgerechnet. Ist es ihm einmal gelungen, einen besonders günstigen Akkordpreis zu erzielen, so gilt er nicht etwa als kluger Geschäftsmann; ganz im Gegenteil, er verdient „außerselbst“, und er hat die Kalkulation getäuscht, ja, er ist ein pflichtvergessener Arbeiter. Kurzum, er gerät nicht nur materiell, sondern auch moralisch ins Hintertreffen und kann darüber nachdenken: Wenn zwei dasselbe tun ...

Nicht anders ergeht es dem Arbeiter, wenn er sich bemüht hat, etwa durch ein selbsterdachtes Hilfsverkauft sich sein Tagewerk zu erleichtern, oder seinen Akkordverdienst zu erhöhen. Prompt wird sein Akkordpreis gekürzt, und zwar — welche Ironie — wegen „technischen Verbesserungen“. Sollte es ihm gleichwohl gelingen, mit Hilfe seiner Organisation einen besseren Preis für seine Arbeitskraft zu erzielen, so ist er wiederum nicht der tüchtige Geschäftsmann, über den in allen Volksschullesebüchern als Vorbild des guten Geschäftsmannes orakelt wird, sondern mit Inzube und Statistik bewaffnet beweisen ihm die Wortführer des Kapitals klipp und klar ein „mirtschaftliches Gebahren“. Ausgerechnet ihn, der über seine Arbeitskraft als Ware nur beschränkt verfügen kann, da er sie tagtäglich dem Zwangsverkauf aussetzen muß, trifft der Vorwurf des wirtschaftsfeindlichen Verhaltens.

Diese Moral mit doppeltem Boden spielt in der öffentlichen Meinung, nicht zuletzt dank der starken Beeinflussung durch die kapitalistische Presse, eine sehr große Rolle. Die guten Wert, selber in vielen Fällen noch immer der Arbeiter, merken oft kaum, daß sie durch geschickt aufgemachte Nachrichten verführt, gegen ihre ureigenste Sache Stellung nimmt. Ein an sich ganz unheimbares, aber typisches Beispiel aus der letzten Zeit mag dies illustrieren. Schlagzeile in der Tagespresse: „Die Nordpolfahrt des Zeppeleinluftschiffes gefährdet.“ Untertitel: „Die Welt ist gegen.“ Wir kennen die Gründe zum Vorgehen der Mannschaft nicht und wollen daher dazu auch nicht Stellung nehmen. Wir müssen aber fragen: Was wäre dann, wenn die Geschäftsleitung der Zeppeleinwerft aus irgendwelchen Gründen gegen die Fahrt wäre? Dann wäre die Fahrt tödlicher nicht „gefährdet“, sondern der Leser würde einen Aufschrei bekommen etwa mit der Überschrift: „Nordpolfahrt vertagt“ und in einem Aufsatz würde haarscharf nachgewiesen werden, daß aus den und jenen Gründen an eine Fahrt natürlich nicht zu denken wäre. Will aber die Mannschaft ihre Belange wahren, und sprächen gleich hundert Gründe für sie, gleich findet die öffentliche Meinung etwas „gefährdet“.

Ein Beispiel für viele, wie mit größter Selbstverständlichkeit der Arbeiter, sobald er sich erlaubt, ebenfalls seine Belange zu wahren, auch heute noch diskreditiert wird. W. Flügge.

Reichsverfassung und Sozialversicherung

Eigentlich müßte jeder Klassenbewußte Arbeiter die Verfassung des Deutschen Reiches genau so im Kopf haben, wie die bürgerlichen Gesellschaftsklassen ihren Katechismus. Leider ist dies jedoch nicht so, es gibt heute noch eine nicht unerhebliche Anzahl Verkäuflicher, denen die Reichsverfassung ein Buch mit sieben Siegeln ist. Gewiß ist es Tatsache, daß heute noch lange nicht alles, was in der Verfassung schwarz auf weiß niedergelegt ist, in der Wirklichkeit auch durchgeführt ist. Man darf jedoch deswegen nicht den Mut verlieren und die ganze Verfassung in Grund und Boden verdammen (wie es leider häufig geschieht), sondern erst recht den freien Gewerkschaften und den Arbeiterparteien helfen, diese Verordnungen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Vergleicht man die neue Verfassung des Reiches mit der alten vom 16. April 1871, so muß man feststellen, daß sich beide wie Tag und Nacht unterscheiden. So enthält beispielsweise die alte Verfassung kein Wort von Arbeiterschutz, Sozialversicherung usw. Dagegen werden eine ganze Reihe Artikel der Wehrmacht und dem Kriegswesen gewidmet. Die neue Verfassung, die durch die Nationalversammlung beschlossen und verabschiedet wurde und seit dem 11. August 1919 in Kraft ist, enthält dagegen eine ganze Anzahl Artikel über den Schutz der Arbeitskraft und damit den Schutz der Arbeitenden überhaupt. So heißt es beispielsweise im Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“ In dieser Verfassung ist auch erstmalig die Sozialversicherung oder, wie sie volkstümlich genannt wird, die „Arbeiterversicherung“ grundsätzlich festgelegt. Ihr ist ein besonderer Artikel 161 gewidmet, in welchem es heißt:

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterkraft und zur Vorkorge gegen wirtschaftliche Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Gewiß hatten wir schon vor dem Inkrafttreten der neuen Verfassung derartige Versicherungseinrichtungen. Durch den eben wiedergegebenen Artikel werden aber für diese Einrichtungen besondere grundsätzliche Merkmale vorgeschrieben. So ist beispielsweise die Gesetzgebung, Aufsicht, Durchführung usw. der Versicherung ausschließlich Sache des Reiches. Dieses hat die Pflicht, ein „umfassendes“ Versicherungswesen zu schaffen. Eine weitere sehr wichtige Neuerung ist die, daß nach der Verfassung die Versicherten maßgebend an der Verwaltung der Versicherung teilnehmen. Es entsteht nun die Frage, ob das Reich diese Verpflichtungen bis heute schon gänzlich erfüllt hat. Man muß hier gleich von vornherein sagen, daß der Artikel 161 noch lange nicht restlos und so durchgeführt worden ist, wie sich die Schöpfer desselben die Dinge vorgestellt haben.

Gewiß haben wir heute ein in der sogenannten „Reichsversicherungsordnung“ zusammengefaßtes Versicherungswesen. Dieses umfasst Krankenversicherung mit Wochenhilfe, Unfallversicherung und eine Alters- und Invalidenversicherung. Daneben gibt es noch für kaufmännische und ähnliche Angestellte, Techniker usw. eine besondere Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die „Angestelltenversicherung“. Für einzelne Berufsstände gibt es besondere Versicherungseinrichtungen, deren Erfinden in der Sonderstellung dieser Berufsstände begründet ist. Es ist dies der Reichsknappschützenverein, eine Versicherung gegen Krankheit, Alter und Invalidität der Bergarbeiter. Ebenfalls hat die Reichsbahn eine besondere Krankenkasse und Altersversicherung. Für die Seeleute gibt es ebenfalls eigene Einrichtungen (See-Krankenkasse usw.). Zu all diesen Einrichtungen ist im Jahre 1927 noch eine Arbeitslosenversicherung gekommen, der gleichzeitig eine reichsgesellschaftliche Arbeitsvermittlung angegliedert ist. Wir haben also unbestritten der Zahl und dem Umfang nach ein gut ausgebautes Versicherungswesen. Es entsteht nun die Frage, ob es auch allen Anforderungen entspricht, die auf Grund der Reichsverfassung an dasselbe gestellt werden können und müssen. Diese Frage muß mit einem „Nein“ beantwortet werden. Unsere heutige Sozialversicherung hat noch viele Mängel, deren Beseitigung notwendig ist, um allen verfassungsgemäßen Erfordernissen zu genügen. Am ehesten kommt die Krankenversicherung an die Vor-

schriften des Artikels 161 heran. Hier ist es jedoch wieder die Zersplitterung in eine große Anzahl kleiner und leistungsstärker Krankenkassen, die einen weiteren Fortschritt hindert. Der sonstige Aufbau und auch die Art und Höhe der Leistungen entspricht ungefähr den Erfordernissen. Vor allen Dingen sind an der Krankenversicherung und der Verwaltung derselben die Versicherten in einflußreichem Maße beteiligt. Die Invalidenversicherung ist zwar organisatorisch (wenige, dafür große Versicherungsträger) der Krankenversicherung überlegen. Die Leistungen der Invalidenversicherung, niedrige Renten usw. lassen jedoch noch zu wünschen übrig. Der größte Nachteil der Invalidenversicherung ist jedoch der, daß ihr ganzer Aufbau und ihre ganze Verwaltung so bürokratisch sind. Der Einfluß der Versicherten auf die Durchführung der Versicherung ist so gering, daß er praktisch gar nicht in Erscheinung tritt. Das Stiefkind der gesamten Versicherung ist jedoch die Unfallversicherung. Hier sind die Nachteile aller übrigen Versicherungsarten wiederzufinden. Die Unfallversicherung wird nicht nur mehr als bürokratisch verwaltet, sondern die ganze Durchführung, Verwaltung usw. findet hinter verschlossenen Türen statt. Die Versicherten haben — von ganz geringen Ausnahmen abgesehen — überhaupt keinen Einfluß. Sie sind in den Organen der Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften) überhaupt nicht vertreten. Die Folgen davon kennt jeder Arbeiter, der einmal das Pech hatte, mit den Berufsgenossenschaften zu tun zu haben, und der dabei den sprichwörtlich gewordenen „Rentenkampf“ durchmachen mußte. Zwar ist in letzter Zeit die Unfallversicherung erweitert worden, grundsätzlich hat sie jedoch keine Änderung erfahren. Der neueste Zweig der Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung, hat viele der Mängel der übrigen Versicherungsgebiete nicht. Jedoch könnte der Einfluß der Versicherten auch hier größer sein. Zur übrigen besteht diese Versicherung erst zu kurze Zeit, als daß man ein abschließendes Urteil über ihre Mängel und Gebrechen abgeben kann. Auf die Sonderart der Sozialversicherung einzugehen, erübrigt sich im Rahmen dieser allgemeinen Abhandlung.

Wir haben also gesehen, daß unsere heutigen Versicherungseinrichtungen vielfach noch lange nicht so sind, wie es die Reichsverfassung vorseht. Um so bemerkenswerter ist, daß gerade heute von Seiten der Arbeitgeber und der diesen nahestehenden Kreise ein Kampf gegen die Sozialversicherung einsetzt, wie ihn heftiger noch nie erlebt haben. Gewiß ist die Versicherung, wie ja auch alle anderen großen Einrichtungen, schon seit ihrem Bestehen einer mehr oder minder heftigen Kritik ausgesetzt gewesen. Eine derartige Kritik ist jedoch gerade notwendig und wünschenswert, da ja erst durch eine solche der Boden für Erweiterungen und Verbesserungen vorbereitet wird. Was sich aber heute die Gegner leisten, überschreitet alle Grenzen. Sie verfechten teilweise einen Plan, der sich mit nichts weniger als damit befaßt, die gesamte Sozialversicherung überhaupt aufzuheben. An ihre Stelle soll nach einem ganz utopischen Pläne ein Sparzwang gesetzt werden. Glücklicherweise stehen viele Volkswirtschaftler bis weit in das bürgerliche Lager hinein diesen „Reformplänen“ ablehnend gegenüber. Seit steht jedoch, daß mit aller Macht daran gearbeitet wird, die Versicherungseinrichtungen und vor allen Dingen die Leistungen derselben abzubauen. Es ist Pflicht aller aufklärten und denkenden Arbeiter, diese Pläne zu durchkreuzen. Dies kann jedoch nicht jeder für sich machen. Es kann hier nur ein starker gesellhafter Druck entgegengesetzt werden. Wir haben dieses Volkswort in den freien Gewerkschaften. Diese zu festigen und zu stärken muß deshalb Lebensaufgabe eines jeden Werktätigen sein. M.—

Zweierlei Moral

Wenn in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der Käufer einer Ware sich ammaßen wollte, genauen Einblick in die Geschäftsgewinnung des Produzenten oder Händlers zu fordern, würde er barock belächelt werden. Wohl wird oft heiß um den Preis gefochten, wie dieser sich jedoch aus den Gekochungsstellen rechtfertigt, davon zu sprechen würde geradezu gegen den kapitalistischen guten Ton ver-

Klempner-Innungskrankenkasse in Breslau

Zurzeit herrscht unter den Klempnergehilfen Breslaus große Aufregung. Ursache ist die Errichtung einer Innungskrankenkasse in der Innungsinnung der Klempnermeister. Die Gesellschaft erblickt in der Errichtung dieses Zwergebildes eine empfindliche Schädigung. Die Vorteile, die bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau den Klempnern sichergestellt sind, sind bei der Innungskrankenkasse auf die Dauer nicht zu verwirklichen. Die frühere besondere Ortskrankenkasse der Klempner umfaßte im ganzen — 600 Versicherte. Sie wurde geschlossen, weil die geringe Mitgliederzahl die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht gewährleisten konnte. Jetzt gehen die Klempnermeister dazu über, durch Gründung der Innungskrankenkasse abermals ein leistungsunfähiges Gebilde zu schaffen. Daß die Innungskrankenkasse auf die Dauer nicht leistungsfähig sein kann, beweist die Tatsache, daß in Breslau höchstens 200 Kerne Meister sind, die im äußersten Falle 5- bis 600 Gefellen und Lehrlinge beschäftigen. Die Mehrzahl der übrigen Klempner ist in den Großbetrieben beschäftigt. Wenn also die Drahtzieher der Innung vor den Aufsichtsbehörden den Nachweis zu erbringen versuchen, daß mehr als 1000 Gehilfen bei den Klempnermeistern in Breslau beschäftigt werden, so erscheint uns diese Angabe mehr als irreführend.

Zu dieser Sache hatte eine öffentliche Klempnerversammlung am 12. Oktober Stellung genommen. Sie nahm mit Entrüstung von der geplanten Maßnahme der Innungsmeister Kenntnis. Die Versammelten sind entschlossen, das Inkrafttreten dieses Zwergebildes mit allen Mitteln zu bekämpfen. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen die von der Aufsichtsbehörde genehmigte Gründung der Innungskrankenkasse der Klempnerinnung in Breslau. Sie erblickt in der Errichtung dieses auf die Dauer nicht leistungsfähigen Kassengebildes eine fühlbare soziale Schädigung der Breslauer Klempnergehilfen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Errichtung und das Inkrafttreten des Zwergebildes zu verhindern.“

Internationale Kartellierung der Waggonindustrie

Neben den anderen internationalen Kartellen bahnt sich auch eine Kartellierung in der Waggonindustrie an. Die Waggonwerke in Deutschland, Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei sollen zu einem Verband zusammengeschlossen werden. Voraussetzung ist, daß in jedem Lande eine kartellartige Verbindung besteht. Während dies in allen in Betracht kommenden Ländern bereits erreicht ist, haben sich in Belgien noch Schwierigkeiten ergeben. Diese dürften aber bald behoben sein. In erster Linie sollen sich die Vereinbarungen auf das Ausfuhrgeschäft erstrecken. Die Verteilung der Auslandsaufträge soll auf die einzelnen Erzeugerländer möglichst gleichmäßig geschähen. Das Internationale Waggonkartell soll folgenden Namen erhalten: Groupe Français pour Fournitures de Matériel de Chemin-de-Fer à l'Étranger. Man rechnet mit einem baldigen Abschluß des Kartellvertrages.

Die Amerikaner kaufen deutsche Zementwerke

Die Sacherger Kalksteinwerke G. m. b. H. in St. Goar, das Kalkwerk Blome G. m. b. H. in Rünster/Westf., und die Olfener Portland-Zementwerke in Olfen sind von einer amerikanischen Finanzgruppe aufgekauft worden. Es soll eine besondere Gesellschaft zur Verwaltung und Ausbau der deutschen Werke in Newjork errichtet werden. Amerikanische Ingenieure sollen mit deutschen Fachleuten zusammen Pläne für die Ausbeutung und Ausdehnung der obengenannten Werke ausarbeiten. Dieser Verkauf zeigt wieder, daß das amerikanische Großkapital mehr und mehr in die deutsche Wirtschaft eindringt und sich einiger Teile derselben bemächtigt.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adlestraße 16

Die brennende Frage

der
Bekömmlichkeit
wird durch Reinheit gelöst

Viele Fachgelehrte geben sich seit Jahrzehnten Mühe, durch künstliche Behandlung von Tabakblättern die Bekömmlichkeit geringerer Cigarettenarten zu steigern: Bisher praktisch erfolglos, trotz Aufopferung des natürlichen Aromas.

In Wirklichkeit kommt es nur auf Reinheit und Qualität an,

und hierfür gibt es keine bessere Lösung als die hochwertigen Orienttabake in den

REEMTSMA CIGARETTEN

OWA



Araberformat

5 Pf.

Opelfahrer sind Kameraden



„Hallo, Motoclub!“ grüßt ein Sportfreund den anderen, der auf dem Opel-Motoclub an ihm vorüberausst. Die erhobene Hand ist ihr Sportgruß, der Gruß auch der sieggewohnten, leicht wie Vögel dahingleitenden Rhönflieger. Er bedeutet: Wir sind die schnellsten auf der Landstraße und die ersten am Ziel, denn unser Opel-Motoclub fliegt an allen vorbei. Der Motoclubfahrer steuert seine rassige Maschine in der stolzen Sicherheit, Herr jeder Entfernung zu sein, und er weiß, daß nur der-

jenige so schnell ist wie er, der ihm vorüberfahrend mit erhobener Hand den Motoclub-Gruß sendet. Auch Sie können Mitglied dieses „Clubs der Ersten“ werden, wenn Sie ein Opel-Motoclubrad fahren ...

Kein Fahrradrahmen, sondern ein Chassis aus Stahl: Alle Metallteile silberglänzend, verchromt und vernickelt, alle übrigen Teile rot. Unvergleichlich gute Federung und Straßenlage. Schnell und bequem wie ein Automobil.

Opel-Motoclub-Modelle: 500cm³
Tourer- und Sportmodell
Mod. T 1916 PS von unten ge-
steuert. RM 1150—
Mod. SS 1922 PS von unten ge-
steuert. RM 1250—

OPEL

M O T O C L U B

Motoclub-Fahrer — die Herren der Landstraße

Verlangen Sie ausführlichen Prospekt vom nächsten Motorradhändler oder von der Reklame-Abteilung der Adam Opel A.-G., Rüsselsheim